

Antrag

öffentlich

Datum

31.01.2023

Nummer

A0011/23

Absender

Fraktion GRUNE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates

Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

16.02.2023

Kurztitel

Energiewende für Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Umsetzung des Beschlusses zur Klimaneutralität bis 2035 (Beschluss-Nr. 1770-050(VI)18) wird die Oberbürgermeisterin beauftragt,

1. sich beim regionalen Stromnetzbetreiber dafür einzusetzen, dass die vereinfachten Vorgaben anerkannt werden, wie sie vom Verband der Elektrotechnik, Elektronik Informationstechnik e.V. (VDE) jetzt veröffentlicht wurden.
2. die Einschätzungen des VDE bei der WOBAU Magdeburg, den Wohnungsgenossenschaften und weiteren Vermieter*innen bekannt zu machen, um eine hohe Akzeptanz für die Zustimmung von Balkonkraftwerken für Mieter*innen herbeizuführen.
3. die Stabstelle Klima im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Umwelt und Energie zu empfehlen ein „digitales“ Fachgespräch zu organisieren u.a. mit folgenden Beteiligten:
 - SWM-Netze Magdeburg
 - VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.
 - Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS e.V.)
 - Verbraucherzentrale NRW e.V.
4. ein kommunales Förderprogramm für Balkonkraftwerke aufzulegen bzw. es ggf. in ein bestehendes Förderprogramm zu integrieren und notwendige Mittel im nächsten Haushaltsentwurf vorzusehen.

Der Antrag ist zur weiteren Beratung in den Ausschuss Umwelt und Energie (UwE) und den Finanz- und Grundstücksausschuss (F/G) zu überweisen.

Begründung:

Balkonkraftwerke (Solar-Stecker-Geräte) erfreuen sich in Deutschland immer größerer Beliebtheit. Auch Mieter*innen können mit überschaubarem Investitionsumfang selbst Strom produzieren, Stromkosten reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz leisten.

Die Bundesregierung unterstützt diese Initiativen und hat kleine Solaranlagen, darunter auch Balkonkraftwerke, seit Anfang 2023 von der Mehrwertsteuer befreit.

Bei den derzeitigen Rahmenbedingungen amortisieren sich die Anschaffungskosten nach ca. 5-7 Jahren.

Am 11. Januar 2023 hat der VDE ein Positionspapier samt einer Pressemitteilung (<https://www.vde.com/de/presse/pressemitteilungen/2023-01-11-mini-pv>) veröffentlicht, welches Vorschläge für eine deutliche Entbürokratisierung dieser Mini-Energieerzeugungsanlagen vorsieht, ohne dabei Abstriche bei der Sicherheit zu machen.

Die VDE-Forderungen beinhalten:

- Einführung einer Bagatellgrenze bis 800 W (Bisher waren 600 W die Grenze).
- bis 800 W Anschlusserslaubnis an allen Zählertypen (Es muss daher nicht mehr auf den Smart-Meter-Einbau gewartet werden).
- Anmeldung nur noch bei der Bundesnetzagentur (Das macht Bürokratie beim regionalen Netzbetreiber überflüssig und entlastet Elektriker von Bürokratie).
- Duldung normaler ‚Schuko-Stecker‘ bis 800 W (Bisher wurde häufig ein sonst kaum verbreiteter ‚Wielandstecker‘ von regionalen Netzbetreibern vorgeschrieben).

Kommunale Förderprogramme gibt es schon in über 20 Städten (u.a. in Jena, Oldenburg, Göttingen, Braunschweig). <https://www.finanztip.de/photovoltaik/balkon-solaranlage/foerderung/> Die max. Fördersumme liegt im Regelfall zwischen 300 und 600 Euro und meistens bei max. 50 % der Anschaffungskosten. Die technischen Vorgaben sollten sich dabei an den genannten VDE-Vorgaben orientieren. Dabei sollten Mieter*innen mit Magdeburg-Pass bevorzugt werden.

Kathrin Natho
Fraktionsvorsitzende

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender

Jürgen Canehl
Stadtrat